Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Kaden & Comp., Nr. 1208.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 6,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 18,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8,50 M. Einzelnummer 30 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 2,00 M., Familienanzeigen 1,50 M., die 3gespaltene Reklamezeile 6,50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Briefniederlegung 10 Pf.

Nr. 212 | Dresden, Sonnabend den 10. September 1921 | 32. Jahrg.

Leiden deutscher Kolonisten in Rußland

Ein Mitarbeiter des Daily Telegraph gibt Einzelheiten über das Schicksal der deutschen Siedler im Gebiet der mittleren Wolga. Die Kolonie stammt aus der Zeit Katharinas II. vor etwa 200 Jahren. Durch zugebilligte Bevorzugung konnten die deutschen Kolonisten ihre Kultur und ihre protestantische Religion beibehalten. 1920 wurde eine Rote Armee gegen sie ausgeschickt, um Nahrungsmittel einzuholen. Die Rote Armee zerstörte fast alles, so daß es mit der Blüte der deutschen Kolonie seitdem zu Ende war, besonders da die deutschen Kolonisten nicht über Waffen verfügten. Infolge der Zerstörung war es unmöglich, die Äcker zu bestellen, so daß die Kolonisten nunmehr wehrlos der Hungersnot ausgesetzt sind. Jetzt kommt nun auch noch die Cholera hinzu, und wer flüchten kann, der flüchtet. Das Volkskommissariat für Gesundheit veröffentlicht folgende Ziffern über die Hungersnot in den deutschen Kolonien: Von der Gesamtzahl der 450 000 Kolonisten hungern jetzt bereits 10 000 Jugendliche bis zu 15 Jahren und 157 000 Erwachsene. 290 sind vor Hunger gestorben.

•

Die Hilfsexpedition

Stettin, 10. September. Aus Bremerhaven ist hier der Dampfer Triton eingetroffen, der die deutsche Hilfsexpedition nach Rußland bringen soll. Der Dampfer führt die Flagge des Roten Kreuzes. Er ist in Bremerhaven für die Expedition umgebaut und ausgerüstet worden. In Stettin übernimmt der Dampfer eine mehrere Millionen an Wert umfassende Ladung von Lebensmitteln und Medikamenten. An Bord des Schiffes befindet sich ein Laboratorium zur Seuchenfeststellung, Wasseruntersuchungsapparate usw. Die Verteilung der Hilfsmittel soll durch die Expedition selbständig erfolgen. Der Dampfer wird vorläufig in Petersburg stationiert bleiben. Die Leitung liegt in den Händen des hervorragenden Professors Mühlens aus Hamburg, dem eine Anzahl von Aerzten und Sanitätspersonal zur Seite steht. Die Besatzung beträgt 100 Mann. Der Dampfer ist für drei Monate mit Lebensmitteln ausgerüstet. Zur Zeit ist man mit der Verladung beschäftigt und man hofft, am Montag in See gehen zu können. Der russische Dampfer Transbalt, der hier mehrere Wochen lang liegen blieb und ebenfalls Lebensmittel und Medikamente an Bord nahm, hat am Freitag nachmittag Stettin verlassen.

Oesterreich räumt das Burgenland

Eigene Drahtmeldung

Wien, 10. September. Das Burgenland ist wieder vollständig von den Deutschösterreichern geräumt worden. Die Bestimmungen, die die Interalliierte Militärkommission in Oedenburg für die Besetzung gestellt hatte, ließen der Wiener Regierung keinen andern Entschluß übrig.

Unterwirft sich Bayern?

Eigene Drahtmeldung

München, 10. September. Heute vormittag haben die Fraktionen der Koalitionsparteien Fraktionssitzungen anberaumt. Um 1 Uhr nachmittags werden sich dann die Führer zu einer Aussprache vereinigen, der entscheidende Bedeutung zukommt. Eine amtliche Mitteilung über die Ergebnisse der Beratungen ist vorher kaum zu erwarten.

Schikanen behufs Fortdauer der Sanktionen

Eigene Drahtmeldung

Paris, 10. September. Ein Telegramm des Petit Parisien aus Mainz sagt die Möglichkeit voraus, daß die wirtschaftlichen Sanktionen nicht am 15. September aufgehoben werden, und zwar weil Deutschland noch nicht in zufriedenstellender Weise auf die Entscheidung des Obersten Rates geantwortet habe. Es wird deshalb wahrscheinlich eine neue Note an die Reichsregierung gesandt werden, oder ist bereits gesandt worden. Jedenfalls weiß man noch nicht, ob Deutschland die Vorschläge des Obersten Rates ohne weiteres annimmt. Wenn dies bis zum 15. September nicht der Fall sei sollte, werden die getroffenen Maßnahmen beibehalten.

Mißerfolg der Griechen

Eigene Drahtmeldung

Paris, 10. September. Nachdem den Griechen die Einnahme von Angora nicht gelungen ist, haben sie auch ihr strategisches Ziel in der achttägigen Schlacht, die Vernichtung der kemalistischen Armee, nicht erreicht.

Geheimbericht Nr. 7

Während des Krieges konnten die Anhänger des Verständigungsfriedens immer wieder hören, daß sie durch ihre Propaganda Deutschland schweren Schaden zufügten und den Krieg verlängerten. Alle Kundgebungen zugunsten einer Verständigung würden im Ausland als ein Beweis für die Schwäche Deutschlands angesehen und stärkten deshalb den Kampfeswillen der Feinde. Wessen Agitation aber tatsächlich dem Gegner genützt und den Krieg verlängert hat, zeigt ein von Konrad Haußmann veröffentlichter Bericht der französischen Propaganda: Der Geheimbericht Nr. 7 vom Februar 1917. Es heißt in diesem französischen Bericht unter anderm:

Es mag paradox klingen, ist aber dennoch wahr, daß von allen Gebieten der politischen Betätigung das der Propaganda durch die Gegner bisher am wenigsten ausgenutzt worden ist. Unsererseits, wohlverstanden. Denn deutscherseits werden, wenn auch die Alldeutschen große Ungeschicklichkeiten begehen, diese Fehler soweit als möglich durch eine pazifistische Propaganda großen Stils wieder gutgemacht.

Bei uns nimmt man noch immer alles entgegen, was die Deutschen uns geben. Man druckt ab, man übersetzt, man propagiert mit den üblichen Mitteln der Nachrichtenverbreitung wahllos alles, was von ihnen kommt. Dabei ist es doch so leicht, eine Grundregel aufzustellen. **Alles, was von der deutschen Intelligenz, dem Kaiser, dem Kanzler und den linksstehenden Parteien ausgeht, und alles, was im allgemeinen pazifistisch und gemäßigt ist, schadet uns** und muß so viel wie möglich unterdrückt werden. Dagegen wird alles, was von den Schreiern, dem tobenden, barbarischen und alldeutschen Deutschland ausgeht, zu einem Trumpf in unserer Hand, den wir nach Möglichkeit ausnutzen müssen.

Folgende Gesichtspunkte kommen bei der öffentlichen Propaganda in Frage: **die politisch unmittelbar** Beteiligten legen vor allem Wert darauf, daß, wenn wir streng die Taktik befolgen, nur die Stimmen der Fronde auszuschlachten; wir nicht aus Versehen **die** Henne töten, die die goldenen Eier legt. Wenn es allzu **augenfällig** würde, daß wir **die Hetze gegen die Politik des Kaisers und des Kanzlers als Trumpf in unserer Hand betrachten,** könnte diese Erkenntnis tatsächlich **ein Nachlassen der Energie der Fronde zur Folge haben.** Das soll nicht bestritten werden, trifft aber nicht den Kernpunkt der Frage. Denn erstens ist der Vorteil, der uns aus der Taktik erwächst, alles Schädliche zu unterdrücken, alles uns Nützliche dagegen nach Möglichkeit auszuschlachten, zu groß, um nicht alle sonstigen Bedenken aufzuwiegen. Ferner wäre es aber für uns durchaus möglich, uns an dem **Vorgehen der Alldeutschen unmittelbar zu beteiligen,** indem wir unter einem deutschen **Pseudonym** deutsche Broschüren in neutralen Ländern verbreiten, die ganz im Sinne der preußischen Frondeure den Kanzler und seine Politik angreifen.

Da wir stets gut über das unterrichtet sind, was innerhalb des Kreises der Frondeure vorgeht, da wir außerdem fortwährend durch die echten Veröffentlichungen der Fronde auf dem Laufenden erhalten werden, könnten wir ohne allzu große Schwierigkeit und ohne Gefahr, entlarvt zu werden, den Feinden des Kanzlers Vorschub leisten. Letzten Endes ist es doch nicht besonders schwer, in dem Stil jener anonymen Broschüren zu schreiben, die im vergangenen Jahre Bethmanns Politik angriffen. Man darf nur nicht vor irgendeiner Uebertreibung, vor ungesunder Eigenliebe und eitler Anmaßung, noch vor dem Ausdruck barbarischer Gefühle gegenüber der gesamten Menschheit zurückscheuen. Man muß erklären, daß man die ganze Welt verschlingen, alles Nichtpreußische erwürgen, den Handel des Erdballs zerstören, alle Länder, die erreichbar sind, brandschatzen und verwüsten, wehrlose Völker, wie die Polen und Belgier, vernichten und ausrotten und danach die Schweiz, Holland und schließlich Norwegen annektieren will. Man muß mit der größten Ironie und Verachtung von den eigenen Verbündeten reden, die Annexion Oesterreichs ins Auge fassen vermittels einer Union, die zum Vorteil des Stärkeren, also Deutschlands, wäre. Man muß auf das unverschämteste die österreichische Armee verspotten, Witzworte auf ihre Kosten prägen, sie so viel wie möglich ins Lächerliche ziehen, Hohngelächter anstimmen, wenn man von den Habsburgern und ihren Generalen spricht, kurzum, man muß Ton und Sprache der deutschen Chauvinisten genau nachahmen.

Wie man sieht, wäre es nicht allzu schwierig, nötigenfalls dem Vorgehen der deutschen Chauvinisten nachzuhelfen, falls dieses nachlassen sollte. **Aber das steht nicht zu befürchten.** Nach jedem neuen Abschnitt des Krieges hat sich das Toben der Chauvinisten immer nur verschlimmert, haben sich die Beweise der Barbarei erneuert.

Aus diesem Bericht geht klar hervor, daß nicht die Aeußerungen des Friedenswillens in Deutschland, sondern die tobsüchtigen Treibereien unserer Alldeutschen und Vaterlandsparteien von den Gegnern benutzt worden sind, um den Kriegswillen ihrer Völker immer wieder neu zu entfachen. Es wäre auch ein Wunder, wenn es anders gewesen wäre. Schließlich wohnten doch auch in den Ländern der Feinde Menschen, deren Angehörige draußen im Schützengraben ständig vom Tode bedroht waren. Wären die Massen in den gegnerischen Ländern zu der Ueberzeugung gelangt, daß in Deutschland ein starker Friedenswille besteht und dem Blutvergießen ein Ende gemacht werden kann, so wäre wahrscheinlich in den Ententeländern eine Friedensbewegung entstanden, der sich die Staatsmänner schließlich hätten fügen müssen. Aber die Ludendorff und Tirpitz und ihre Gefolgsleute wußten es zu verhindern, daß Deutschland eine entschiedene Verständigungspolitik trieb. So kam der Zusammenbruch. Und jetzt haben dieselben Leute, die das Zustandekommen eines rechtzeitigen Friedens verhinderten und so Deutschland an den Rand des Abgrundes brachten, den Mut, die Männer zu verleumden und zu beschimpfen, die versuchen, dem deutschen Volke wieder aus seinem Elend herauszuhelfen. Professor Hans Delbrück hat recht, wenn er sagt: **„Der Geheimbericht Nr. 7 ist von geradezu erschütternder Wirkung, man müßte ihn in Millionen von Exemplaren in Deutschland verbreiten."**

Der veränderte Programmentwurf

II. Der praktische Teil

In der Einleitung des abgeänderten Programmentwurfs wird der zweite Teil ausdrücklich als Aktionsprogramm bezeichnet. Damit ist zum Ausdruck gebracht, daß mit der Erfüllung der im zweiten Teil des Entwurfs enthaltenen Forderungen unsere Aufgabe durchaus noch nicht beendet ist, sondern daß hier nur diejenigen sozialdemokratischen Forderungen zusammengefaßt sind, von denen wir glauben, daß sie in der nächsten Zeit, wenn wir die nötige politische Macht haben, erfüllt werden können. Wäre alles das erreicht, was in diesem Aktionsprogramm gefordert wird, so wären wir auf dem Wege zum Sozialismus ein tüchtiges Stück vorwärts gekommen. Aber unsere sozialistischen Ziele wären noch nicht voll verwirklicht. Der Programmentwurf, wie er vorliegt, unterscheidet sich, wie man anerkennen muß, in seinem zweiten Teil vorteilhaft von dem zuerst veröffentlichten unklaren Programmentwurf, wenn freilich auch bei der neuen Fassung noch vieles auszusetzen bleibt.

Der Abschnitt über die wirtschaftlichen Forderungen ist wesentlich verkürzt. Es ist der vollkommen unklare Satz über die Entschädigung gestrichen worden, ebenso die Stelle, an der unnötigerweise von einer Zusammenfassung der Betriebe die Rede war, ohne daß gesagt war, wie diese Zusammenfassung eigentlich erfolgen soll. Mit dem ersten Satz des wirtschaftlichen Teiles, „die Bodenschätze und Naturkräfte sind der privaten Ausbeutung zu entziehen und in den Dienst der Allgemeinheit zu stellen," soll offenbar gesagt sein, daß die Bergwerke und Wasserkräfte sozialisiert werden sollen. Warum heißt es nicht einfach: Sozialisierung der Bergwerke und Wasserkräfte? Die Forderung, daß alle Naturkräfte der privaten Ausbeutung zu entziehen seien, dürfte kaum durchführbar sein. Die Verfasser des Entwurfs scheinen nicht daran gedacht zu haben, daß auch Sonne und Licht wichtige Naturkräfte sind, deren Sozialisierung wohl einige Schwierigkeiten bereiten würde. Schon dieser eine Satz zeigt, daß auch die neue Fassung noch einer sehr eingehenden stilistischen Durcharbeitung bedarf.

Zur Frage der sogenannten Planwirtschaft wird auch in dem neuen Entwurf nicht klar Stellung genommen. Es wird die Kontrolle der kapitalistischen Interessengemeinschaften, Kartelle und Truste gefordert, aber nicht gesagt, daß bei dieser Kontrolle auch Vertreter der Arbeiter und Verbraucher teilnehmen sollen. Beteiligt man bei der Ueberwachung eines kapitalistischen Kartells Arbeiter- und Verbrauchervertreter und gibt man ihnen den notwendigen Einfluß auf die Leitung der Organisationen, so kommt man praktisch zu Gebilden, die den planwirtschaftlichen Selbstverwaltungskörpern, wie sie Wissell vorschwebten, entsprechen. Sollen aber bloß dort Selbstverwaltungskörper möglich sein, wo sich bereits die kapitalistischen Unternehmer freiwillig zusammengeschlossen haben? Mindestens müßte in dem Programm verlangt werden, daß dort, wo das im Interesse der Volkswirtschaft liegt, der Staat Selbstverwaltungskörper von sich aus schaffen soll; auch dann, wenn ein Zusammenschluß der kapitalistischen Unternehmer noch nicht erfolgt ist.

In dem Teil des Entwurfs, der sich mit der Landwirtschaft beschäftigt, ist die Forderung verschwunden, daß landwirtschaftliche Großbetriebe Genossenschaften übergeben werden sollen. Das ist auch gut so, denn weder aus der früheren Fassung selbst noch aus dem Kommentar ging hervor, wie die Genossenschaften, die die sozialisierten Großgüter zu übernehmen hätten, eigentlich aussehen sollen. Die Forderung, daß der Kleinbesitz durch Förderung des genossenschaftlichen Betriebes zur Ausnutzung von landwirtschaftlichen Maschinen, zum Ankauf von Saatgut, Düngemitteln und landwirtschaftlichen Bedarfsartikeln Unterstützung zuteil werden soll, wird man wohl allseitig zustimmen. Die sogenannte Siedlung soll nach dem Programm auch gefördert werden, aber unter „Wahrung der höheren Rechte der Allgemeinheit". Damit soll wohl gesagt sein, daß landwirtschaftliche Großbetriebe, deren Ueberschüsse zur Versorgung der städtischen Bevölkerung dringend gebraucht werden, nicht zerschlagen werden sollen, nur um den Landhunger der Kleinbauern zu befriedigen. Es wäre besser, wenn man diesen Gedanken in dem Programm klar zum Ausdruck brächte, indem man sagte, daß leistungsfähige landwirtschaftliche Großbetriebe nicht zerschlagen werden dürfen. Ebenso wird jeder Sozialist der Forderung nach Sozialisierung des Großgrundbesitzes zustimmen müssen. Dabei ist die Frage offen gelassen, ob der sozialisierte Großgrundbesitz vom Staate selbst bewirtschaftet oder verpachtet werden soll. Uns Sozialisten würde es am sympathischsten sein, wenn die landwirtschaftlichen Großbetriebe direkt vom Staate oder der Gemeinde oder von besonderen Gesellschaften, deren Anteile im Staats- oder Gemeindebesitz sind, bewirtschaftet würden. Man hat auch bereits, so z. B. in Sachsen, damit begonnen, eine größere Anzahl von Gütern durch staatliche Beauftragte bewirtschaften zu lassen. Es wird abgewartet werden müssen, was man damit für Erfahrungen macht. Sollte sich zeigen, daß die direkte Bewirtschaftung durch den Staat oder besondere vom Staate für diesen Zweck geschaffene Organisationen keine guten Ergebnisse zeigt, so können die staatlichen Güter verpachtet werden. Dann würden zwar die Güter von privatkapitalistischen Unternehmern bewirtschaftet, aber es wäre erreicht, daß ein Steigen der Bodenrente nicht privaten Grundbesitzern, sondern der Allgemeinheit zugute käme, weil eventuell der Pachtzins gesteigert werden kann. Außerdem kann sich der Staat bei der Verpachtung von seinen Gütern eine gewisse Einwirkung auf den Betrieb sichern. Er kann darauf sehen, daß nur wirklich tüchtigen Landwirten die Bewirtschaftung eines Gutes überlassen wird

SLUB Wir führen Wissen.
http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19210910/1
gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG